

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Löhstraße Nr. 6
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittags.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugpreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 50 Pfennige monatlich. 1.50 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Brüderstraße 19; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8, Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresden: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

Ein Schicksalstag

Am 31. ds. Mt. wird in Deutschland der kommende Reichstag gewählt werden. Mit ungeheurer Spannung erwartet nicht nur die Bevölkerung des Reiches, sondern die gesamte Welt das Ergebnis dieser Wahl. Die derzeitigen Machthaber im Reiche und, durch die bekannten Vorgänge, auch in Preußen, haben vielmals betont, daß der weitere Kurs der deutschen Politik und auch ihr Verhalten von dem Resultate der Reichstagswahlen bestimmt sein werden. Es handelt sich also nicht nur um eine Wahl (unter vielen in der letzten Zeit vorgekommenen Wahlhandlungen, sondern um einen wahren Volksentscheid und um eine letzte Befragung, wie sich das deutsche Volk den weiteren Fortgang der Politik denkt. Zieht man die im Jahre 1932 in Deutschland abgegebenen Wahlstimmen zum Vergleich heran, so ist zu vermuten, daß auch die Reichstagswahl, entsprechend den Ergebnissen beim zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten und den Wahlen für die einzelnen Landtage, ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Mandate mit sich bringen wird. Es kommt aber hierbei auf den Grad des Anwachsens der nationalsozialistischen Stimmenzahl an. Wird das Ergebnis dem nationalsozialistischen Erfolge bei der Reichspräsidentenwahl oder bei der Wahl für den Preußischen Landtag entsprechen, oder ihn sogar noch übertreffen, dann wird der Machtbeteiligung der Nationalsozialisten im Reich und in den Ländern, wenn nicht gar der Machtübernahme, kein Damm entgegengesetzt werden können. Sollte jedoch bei der Wahl am 31. Juli die Sturmflut der nationalsozialistischen Stimmenmehrung einen, wenn auch nur geringen Rückgang zeigen, dann wird diese Erscheinung symptomatisch sein dafür, daß die Sintflut ihren höchsten Stand erreicht hat und nunmehr abzuebben beginnt. Es wird sich also um jede Stimme handeln, die bei den Wahlen abgegeben werden kann. Wie die Dinge heute liegen, halten einander die zwei großen politischen Lager, die Faschisten und die Republikaner, die Waage. Die kommunistische Partei, zwischen beiden Lagern stehend, wird von den derzeitigen Inhabern der Gewalt im staatspolitischen Sinn als nicht entscheidend angesehen. Aus der Tatsache, daß rechts und links für sich allein nicht genügend Kraft haben, um das gegnerische Lager niederzuhalten, leitet das gegenwärtige Regime für sich das moralische Recht ab, gestützt auf die Machtmittel des Staates, das Heft in der Hand zu behalten und solange am Ruder zu bleiben, bis sich nicht eine klare Mehrheitsbildung ergeben hat. Wenn nun die Reichstagswahlen an dieser Sachlage nur sehr wenig ändern, kann man damit rechnen, daß das gegenwärtige Provisorium von langer Dauer sein wird. Wie man sich zur Regierung Papen-Schleicher als Bürger dieses Staates, als Anhänger einer bestimmten politischen Auffassung

stellen soll, ist eine Frage, die außerhalb des Rahmens einer jüdischen Zeitung, die sich in erster Linie verpflichtet fühlt, für jüdische Interessen einzutreten, fällt. Als Juden muß es uns jedoch klar sein, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Regierung Papen-Schleicher gegenüber einer möglichen Regierung Hitler-Strasser das kleinere Übel ist. Darum, wir scheuen uns nicht, es als Realpolitiker unbeschadet aller Nebenempfindungen und unbeschadet der Tatsache, daß die Regierung Papen-Schleicher weitgehend unter dem Einfluß der Nationalsozialisten steht, es auszusprechen, haben wir im Augenblick das größte Interesse, daß diese Regierung nicht durch ein Regime



Hitler abgelöst werde. Daraus folgt, daß keine jüdische Stimme irgendeiner Richtung zugute kommen darf, die direkt oder indirekt den Nationalsozialisten in ihrem Streben, zur Macht zu gelangen, nützen könnte. Wir wissen ganz genau, daß die gegenwärtig das Heft in der Hand haltenden Männer im Reiche und in Preußen allzu sehr geneigt sind, Gedankengängen nachzugehen, die aus der nationalsozialistischen Küche stammen. Eines aber ist anzunehmen, nämlich, daß sich die derzeitigen Machthaber davor hüten werden, die Buchstaben der Gleichberechtigung zu verrücken. Darum sind sie uns, wohl oder übel, genehmer als ein offenes nationalsozialistisches Regime, welches, da ihm Erfolge auf wirtschafts- und außenpolitischem Gebiete versagt bleiben müssen, allzu leicht geneigt sein wird, sich Lorbeeren auf dem dritten und gefühlsmäßig ersten Hauptgebiet seiner Vorstellungswelt im Kampfe gegen die Juden zu holen. Man mag natürlich darüber klagen, daß es soweit gekommen ist, eine Regierung, die die Nationalsozialisten als stille Partner hat, als das kleinere Übel anzusehen. Wir hatten

und haben aber nicht die Macht, diese Verhältnisse zu ändern. Die Tatsachen sind stärker als wir, und darum muß das vorläufige Ziel unserer Bestrebungen sein, daß sich die Verhältnisse nicht noch zum Schlimmeren wenden.

Wenn man die Dinge so betrachtet, dann bleibt für den jüdischen Wähler unter allen Parteien, die sich um Stimmen bewerben, nur eine ganz kleine Kollektion, unter der er zu wählen vermag. Hierbei muß er sich vor Augen halten, daß mit seiner Stimmenabgabe der größte Nutzeffekt erzielt werde. Die vorangegangenen Wahlen haben in dieser Hinsicht den deutschen Wählern böse Enttäuschungen gebracht. Bei der Wahl zum Preußischen Landtag sind Hunderttausende republikanischer Stimmen verloren gegangen. Bei den Reichstagswahlen darf sich dieser Vorgang nicht wiederholen. Wir brauchen nicht zu betonen, daß die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht den geringsten Anlaß hat, sich mit irgend einer Partei zu identifizieren, oder gar zu glauben, daß sie jemals auch nur zu einem erheblichen Bruchteile in den Reihen des Zentrums eine in jeder Hinsicht entsprechende Stätte finden könnte. Die jüdische Gemeinde hat allen Anlaß, sich sowohl von der scharf charakterisierten Sozialdemokratie, wie auch von dem katholischen Zentrum zu distanzieren. Unter den gegebenen Umständen aber sind es jedoch neben der Staatspartei nur einzig und allein diese Parteien, die praktisch-politisch für den jüdischen Wähler in Frage kommen. Aus diesem Grunde muß den jüdischen Wählern ausdrücklich abgeraten werden, der kommunistischen Partei auch nur eine einzige Stimme zuzuführen. Wenn wir diese Empfehlung ergehen lassen, so geschieht das nicht, weil wir irgendwie gegen den Kommunismus und die kommunistische Partei uns aussprechen möchten. Die kommunistische Partei ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, programmatisch absolut nicht antisemitisch. Ihr soziales und wirtschaftliches Programm mag manchen Juden sogar annehmbar und sympathisch erscheinen. Trotzdem aber kann ein jüdischer Wähler in Deutschland in der gegenwärtigen Stunde, wo der Judenpunkt leider im Vordergrund der politischen Kämpfe steht, nicht ohne weiteres seinen persönlichen Neigungen Folge geben, sondern er muß in erster Linie darauf bedacht sein, sein jüdisches Interesse in den Vordergrund zu rücken. Dieses aktuelle jüdische Interesse legt ihm die zwingende Verpflichtung auf, alles zu tun, um bei den praktisch-politischen Entscheidungen der nächsten Wochen und Monaten nach seinen Kräften beizutragen, daß Hitler von der Macht ferngehalten werde. Man dient am besten dieser Absicht, wenn man bei der Wahl am Sonntag als Jude für die Staatspartei, die Sozialdemokratie oder für das Zentrum seine Stimme abgibt. Daß keine jüdische Stimme einer antisemitischen Partei oder einer Richtung, die mit Antisemiten in Listenverbindung steht, zu fallen darf, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

h. c.